

MICHAEL SCHÄFERS

## Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Folgen für die Arbeitswelt

### Zusammenfassung

Die ursprünglich von den USA ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise hat globale und weitreichende Konsequenzen für die lohnabhängig Beschäftigten und die Arbeitswelt. In den USA verlieren Arbeitnehmerhaushalte ihre Immobilien, weltweit steigen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Die bereits vor der Krise zunehmende Ungleichheit in den Einkommensverhältnissen wird durch weitere Umverteilungsprozesse verschärft und durch Massenarbeitslosigkeit beschleunigt, denn der Jobverlust in der Krise hat langfristige Folgen. Zudem drohen die Spaltungstendenzen in den Betrieben sich weiter zuzuspitzen. Die Vertrauenskultur in den Betrieben schwindet. Angst macht sich breit. Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich glimpflich durch die Krise kommen könnte, lassen sich darüber hinaus weitreichende Folgen für die soziale Sicherung und die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft feststellen. Zu befürchten ist, dass die menschliche Arbeit durch weitere Deregulierung und Flexibilisierung zum „Puffer“ der Krisenbewältigung degradiert wird. Eine konzeptionelle Beseitigung der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise seitens der Politik ist derzeit nicht erkennbar. Dennoch hat in der Zivilgesellschaft verstärkt ein Nachdenken über zukunftsfähige Lösungen angesichts der Krisen eingesetzt. Dreh- und Angelpunkt der „sozialen Fragen“ bleibt der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.

### 1 DIE AUSWIRKUNGEN DER LIQUIDITÄTSKRISE IN DEN USA UND EUROPA

Am 09. August 2007 kollabierten die weltweiten Geldmärkte durch einen akuten Liquiditätsmangel. Vorausgegangen war diesem Datum der Zusammenbruch des zuvor boomenden Immobilienmarktes in den USA, der sich schon Monate zuvor aufgrund geplatzter Kredite in einer schweren Krise befand.<sup>1</sup> Die längerfristige Zunahme der Immobilienwerte, die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank, entsprechend niedrige Zinsen für Hypotheken bei Hauskauf und -bau und die erhöhte Bereitschaft ameri-

---

<sup>1</sup> In Deutschland zeichnete sich die Finanzkrise der Banken bereits Mitte 2007 ab. Im Juni 2007 gab die Düsseldorfer IKB eine Abwertung strukturierter Wertpapiere, die US-amerikanische Hypotheken beinhalteten, in einer Größenordnung eines einstelligen Millionenbetrags bekannt. Wöchentlich steigerte sich der dringende Kapitalbedarf der IKB. Der Hauptaktionär, die bundeseigene KfW-Bank, stellte in einem ersten Schritt 8 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung. Weitere hohe Summen mussten nachgeschossen werden. Zur Vorhersehbarkeit der Krise vgl. *Institut für Wirtschaftsforschung Halle*, Themenheft: Weltfinanzkrise, Halle 2009, 8–12, online unter <<http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/1TH-09.pdf>>, erstellt 31.03.2009/abgerufen 15.03.2010.

kanischer Haushalte, sich für Konsumausgaben zu verschulden, kurbelten nicht nur das Wachstum der US-Wirtschaft, sondern der Weltwirtschaft insgesamt an. Die US-Wirtschaft macht 30 Prozent des Weltsozialproduktes aus und ist damit die größte Ökonomie der Welt. Deutschland profitierte in der amerikanischen Boomphase in erster Linie durch einen (deutlichen) Handelsüberschuss im US-Geschäft. „Hüstelt Amerika, leidet die Welt an einer Lungenentzündung“ – so ein salopper Spruch unter Volkswirten. Dementsprechend schlugen die Liquiditätskrise und die daraus erwachsenen Folgewirkungen auf die Weltwirtschaft durch.

### *1.1 Die unmittelbare Folge der Hypothekenkrise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Verlust von Immobilien*

Die ersten Folgen des Zusammenbruchs des Geldmarktes bekamen unmittelbar die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den USA zu spüren. Die Banken versuchten, höhere Hypothekenzinssätze bei fallenden Immobilienpreisen durchzusetzen, um ihre Risikolagen auf die Kreditnehmer abzuwälzen. Da in der Regel variable Zinssätze bei mäßiger Bonität vertraglich festgeschrieben worden waren, die von heute auf morgen nicht mehr bedient werden konnten, gerieten Millionen von Arbeitnehmerhaushalten in den USA in Zahlungsschwierigkeiten und verloren ihre Häuser. Allein im Jahr 2007 stieg die Zahl der Zwangsvollstreckungen von Hypothekendarlehen um 75 Prozent; 2,2 Millionen Hypothekenausfälle wurden verzeichnet.<sup>2</sup> Im Jahr 2008 setzte sich diese Tendenz mit geschätzten 1,5 Millionen Zwangsversteigerungen fort.<sup>3</sup>

US-Präsident *Barack Obama* hat in seiner Rede am 18. Februar 2009 an der Dobson High School in Mesa/Arizona sogar von sieben bis neun Millionen betroffenen Arbeitnehmerhaushalten gesprochen und die weitreichenden Folgen eindrucksvoll beschrieben, wenn er zu den Folgen der Zwangsvollstreckungen feststellt:

„But the foreclosures which are uprooting families and upending lives across America are only part of the housing crisis. For while there are millions of families who face foreclosure, there are millions more who are in no danger of losing their homes, but who have still seen their dreams endangered. They’re the families who see the ‚For Sale‘ signs lining the streets; who see neighbors leave, and homes standing vacant, and

---

<sup>2</sup> Vgl. *Gisbert Otto*, Die US-Immobilienblase und die internationale Bankenkrise – Ein gigantischer Schwindel der Finanzeliten, Zürich 2008, 2, online unter <[http://www.swg-hamburg.de/Archiv/Beitrage\\_aus\\_der\\_Rubrik\\_-\\_Wirt/Die\\_US\\_Immobilienblase\\_und\\_die.pdf](http://www.swg-hamburg.de/Archiv/Beitrage_aus_der_Rubrik_-_Wirt/Die_US_Immobilienblase_und_die.pdf)>, erstellt 14.04.2008/abgerufen 15.03.2010.

<sup>3</sup> Vgl. *Lucas Zeise*, Ende der Party – Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln 2009, 89.

lawns slowly turning brown. They see their own homes – their single largest asset – plummeting in value. One study in Chicago found that a foreclosed home reduces the price of nearby homes by as much as 9 percent. Home prices in cities across the country have fallen by more than 25 percent since 2006. And in Phoenix, they've fallen by 43 percent.“<sup>4</sup>

Ganze Stadtviertel mit einer gewachsenen sozialen Infrastruktur von (mittelständischen) Arbeitnehmerhaushalten wurden innerhalb weniger Monate „entvölkert“.

Die Hypothekenkrise findet bis heute ihren Ausdruck darin, dass derzeit ca. 5 Millionen Häuser in den USA leer stehen bzw. als unverkäuflich eingestuft werden. Demgegenüber boomen „Subprime-Hotels“ und provisorisch eingerichtete Zeltstädte, in denen vor allem Arbeitnehmerfamilien mit Kindern untergebracht sind, die ihre Hypotheken nicht bezahlen können und deren Häuser zwangsversteigert sind bzw. werden. Die Obdachlosigkeit in den USA steigt in einem bisher unbekanntem Ausmaß auch im Jahre 2010 weiter an.

### *1.2 Der Einbruch des Bausektors und der industriellen Kerne in den USA und im europäischen Raum*

Eine zweite unmittelbare Folge in dieser ersten Phase der Finanzkrise war der fast völlige Zusammenbruch des Bausektors. Der Bausektor war das erste unmittelbare Feld für den Übergriff der Finanzkrise auf die Realwirtschaft insgesamt, der sich dann endgültig im Laufe des Jahres 2008 vollzog. Neben den „industriellen Kernen“ der Fertigung von Waren (Automobil- und Maschinenbau, Chemie und Energiewirtschaft) als wichtige Bereiche der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung stellt die Baubranche einen „intensiven Beschäftigungssektor“ dar. Dies gilt nicht nur für die USA. Im europäischen Raum waren bzw. sind vor allem die Länder überproportional betroffen, die bis 2007 eine Immobilien- und Spekulationsblase bzw. ein Überangebot an Immobilien aufwiesen, also insbesondere Portugal, Spanien, Irland, Großbritannien, Ungarn und Rumänien. Der Wohnungsneubau in Europa hat einen Einbruch von ca. 40 Prozent zu verzeichnen, mit den entsprechenden Folgen für die Beschäftigtenquote, die deutlich zurückging.

*Hans Baumann* vom „European Institute for Construction Labour Research“ (CLR) stellt – bei allen zu berücksichtigenden Unterschieden in

---

<sup>4</sup> *Barack Obama*, Remarks by the President on the Home Mortgage Crises, Mesa/Arizona 2009, 1, online unter [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Remarks-by-the-President-on-the-mortgage-crisis](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-the-mortgage-crisis)>, erstellt 18.02.2009/abgerufen 15.03.2010.

den europäischen Ländern – zu den generellen Tendenzen und Auswirkungen fest:

„Der rasante Rückgang der Bautätigkeit hat sich in vielen Ländern verheerend auf die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt ausgewirkt. In den Ländern der Europäischen Union ist die Beschäftigung im Baugewerbe von Mitte 2007 bis Mitte 2009 um rund 7 Prozent zurückgegangen. D.h., dass bereits über eine Million Arbeitsplätze vernichtet wurden. [...] Der Arbeitsplatzrückgang in den am meisten betroffenen Ländern hat sich auch sehr schnell auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt, die stark unter Druck gekommen sind. Dies verdeutlicht die Entwicklung der Bruttolöhne, die eine starke Korrelation zu der Beschäftigungsentwicklung aufwiesen.“<sup>5</sup>

Aber nicht nur die Baubranche hatte tiefe Einschnitte hinzunehmen. Die „industriellen Kerne“ waren weltweit so stark betroffen wie seit Ende der 1920er Jahre nicht mehr. Die Absatz- und Nachfragekrise erfasste z. B. den führenden US-Autobauer General Motors, 77 Jahre lang nach Verkaufszahlen der größte Autokonzern der Welt (und damit die Opelwerke in Europa). 35.000 Jobs stehen alleine bei dem teilverstaatlichten Nachfolger von GM zur Disposition.

## 2 DIE AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

### 2.1 Zunehmende Ungleichheit der Einkommensverhältnisse

Damit deutet *Hans Baumann* die Auswirkungen an, die sich spätestens ab Mitte 2008 mit dem *Zusammenfallen* von Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit beschleunigten, insbesondere die zunehmende soziale Spaltung hinsichtlich der Einkommensverhältnisse. Die tieferen Ursachen des wachsenden und ausufernden Finanzsektors und seine Loslösung von der Realwirtschaft und der Krise selbst liegen in den „ungleicher werdenden Einkommensverhältnisse(n)“. <sup>6</sup> Die sich in den letzten Jahrzehnten weltweit durchsetzende neoliberale Doktrin führte zu einer politisch gewollten und systematischen Entlastung (u. a. durch Steuerpolitik oder Aufgabe derselben) der Kapital- gegenüber den Arbeitseinkommen. Erst hierdurch wurde die Anhäufung riesiger Geldmengen in privater Hand und gebündelt in unterschiedlichen Fondvarianten möglich, die auf der weltweiten Suche nach Renditen von über 20 Prozent auf die Finanz-

---

<sup>5</sup> *Hans Baumann*, Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die europäische Bau- und Holzwirtschaft und gewerkschaftliche Gegenstrategien, o. O. 2009, 3–4, online unter <[http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Referat\\_BHI\\_0711209.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Referat_BHI_0711209.pdf)>, erstellt 07.12.2009/abgerufen 20.03.2010.

<sup>6</sup> *Lucas Zeise*, Ende der Party, 61.

märkte drängten.<sup>7</sup> Der Finanzsektor, allen voran die Investmentbanken und Fondsgesellschaften, erwies sich als äußerst erfinderisch in der Kreierung neuer Finanzprodukte ohne entsprechende Risikoabsicherungen. Diese bereits vor der Krise zunehmende Ungleichheit in den Einkommensverhältnissen wird in (und nach) der Krise durch weitere Umverteilungsprozesse verschärft und durch die Zunahmen der Arbeitslosigkeit beschleunigt, denn der Jobverlust in der Krise hat langfristige Folgen. Bereits im März 2009 zeigte eine Umfrage der größten europäischen Auto- und Motor-Community „motor-talk.de“, wie die Krise der Automobilindustrie im Alltag der (bisher) Beschäftigten angekommen war: 35 Prozent der Befragten gaben an, von der wirtschaftlichen Notlage durch Arbeitsplatzverlust, Gehaltseinbußen und Reduzierung der Arbeitszeit um 20 bis 90 Prozent betroffen zu sein. Während die Autohändler in Deutschland noch von der sogenannten „Abwrackprämie“ profitierten, war die Krise aber in der europäischen Automobilindustrie und bei den Zulieferern voll angekommen.<sup>8</sup>

## 2.2 Anstieg der Arbeitslosigkeit und der unsicheren Beschäftigung

Die Lage auf den Arbeitsmärkten verschärfte sich weltweit – wenn auch in länderspezifisch unterschiedlichem Ausmaß – in 2008 und 2009 zusehends. In Spanien etwa hatte der Zusammenbruch der Baubranche vor allem junge Männer zu den Krisenverlierern schlechthin gemacht.

„Seit die Spekulationsblase 2008 geplatzt ist und die Bauindustrie fast völlig zum Erliegen kam, haben 1,7 Millionen Menschen zwischen 16 und 35 Jahren ihren Job verloren. 93 Prozent der durch das Ende des Baubooms vernichteten Arbeitsplätze hatte diese Altersgruppe inne. Eine Generation, die erstmals von Vollbeschäftigung träumte, ist unsanft erwacht“<sup>9</sup>

– stellt Reiner Wandler fest. In Spanien sind 4,1 Millionen Menschen (Stand Ende März 2010) als arbeitsuchend registriert. Dies entspricht ei-

---

<sup>7</sup> Vgl. ausführlich zu den Hintergründen und der historischen Entwicklung *Michael Schäfers*, *Von der Arbeit zur Tätigkeit. Zeitdiagnosen und Wege wider die Resignation*, Münster 2001, 43–94.

<sup>8</sup> Vgl. *BLOGSPAN.NET* (Hg.), „Wir sind Krise!“ Auswirkungen der Wirtschaftskrise bereits für viele spürbar, (Pressemitteilung vom 19.03.2009), online unter <<http://www.blogspan.net/presse/wir-sind-krise-auswirkungen-der-wirtschaftskrise-bereits-fur-viele-spurbar/mitteilung/49670>>, erstellt 19.03.2009/abgerufen 20.03.2010.

<sup>9</sup> *Reiner Wandler*, Spaniens Jugend kann nur noch auswandern. Arbeitslosigkeit: Seit dem Ende des Baubooms sind hunderttausende Jugendliche ohne Job. Zu 62 Prozent leben sie wieder bei ihren Eltern, in: *die tageszeitung* vom 23. März 2010, 11.

ner Arbeitslosenquote von 20 Prozent. Ähnliche Größenordnungen lassen sich für Irland und Portugal konstatieren.

Neben der Baubranche und der Automobilindustrie waren und sind weltweit weitere Bereiche betroffen. Dies verdeutlichen die von der ILO erhobenen Zahlen zur Arbeitslosigkeit.<sup>10</sup> Im Jahr 2009 waren nach Schätzungen der ILO weltweit 212 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Jahr 2007 von 34 Millionen. Trotz eines von der ILO für 2010 erwarteten weltweiten Wirtschaftswachstums von 3,1 Prozent wird ein weiterer Anstieg prognostiziert: Von durchschnittlich 5,7 in 2007 und 8,4 in 2009 auf 8,9 Prozent in 2010. *Raymond Torres*, Direktor des ILO-Instituts für internationale Arbeitsmarktstudien, warnt deshalb zu Recht davor, das Ende der Beschäftigungskrise voreilig zu verkünden.<sup>11</sup> ILO-Generaldirektor *Juan Somavia* machte im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos deutlich: „Wir müssen verhindern, dass eine wirtschaftliche Erholung ohne Erholung auf den Arbeitsmärkten stattfindet.“<sup>12</sup>

Aber nicht nur die offiziell registrierten Arbeitslosenzahlen stiegen bzw. steigen in der Krise dramatisch an, sondern der seit zwei Jahrzehnten anhaltende „Downsizing-Prozess“, d.h. sichere Beschäftigung durch unsichere zu ersetzen bzw. letztere auszubauen, beschleunigte sich erneut: Im Jahr 2009 nahm die Zahl der unsicher Beschäftigten<sup>13</sup> um weltweit 110 Millionen Beschäftigte zu. Tendenz weiter steigend.

Die ILO-Verantwortlichen machen damit auf zwei Entwicklungen aufmerksam, die sich bereits in bzw. nach vorhergehenden Krisen beobachten lassen: (1) Trotz (leicht) ansteigenden Wirtschaftswachstums „nach“ der Krise ist mit einem „jobless-growth“ bzw. „jobless recovery“ (beschäftigungsfreies Wachstum)<sup>14</sup> zu rechnen, wie dies bereits in den 1990er-

---

<sup>10</sup> Vgl. zum Folgenden *International Labour Organization* (Hg.), *Global Employment Trends January 2010*, Genf 2010.

<sup>11</sup> Vgl. *International Labour Organization*, *Kein Ende der Beschäftigungskrise*. Internationale Arbeitsorganisation warnt vor zu frühem Ausstieg aus Konjunkturprogrammen, Berlin, Bonn, Genf, Pressemitteilung vom 09.12.2009.

<sup>12</sup> *International Labour Organization*, *Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr auf dem höchsten Stand aller Zeit*, Berlin, Bonn, Genf, Pressemitteilung vom 27.01.2010, online unter <<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles/get10.htm>>, erstellt 27.01.2010/abgerufen 20.03.2010.

<sup>13</sup> Unter unsicherer Beschäftigung versteht die ILO Arbeiten, die unter prekären Bedingungen – etwa als Selbstständige im informellen Sektor und als Mithelfer in Familiengeschäften – ohne vertragliche Regelungen, ohne geregelte soziale Absicherung und Mitbestimmung etc. ausgeübt werden.

<sup>14</sup> Vgl. *Leo F. Aichhorn*, *Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum – Sustainable Growth, neuer Weg gegen Jobless Growth*, Linz 2004; *Hans Wagner*, *The case for a Jobless Growth Economy in the US*, o. O. 2009, online unter <<http://www.dailymarkets.com/economy/>

Jahren und nach dem Platzen der „Dotcom-Blase“ im Jahr 2000 der Fall war. Wenn auch die Ursachen für diesen Sachverhalt in der Makroökonomie weiterhin umstritten sind, so ist das Ergebnis dennoch eindeutig: Führten vor den 1990er-Jahren konjunkturelle Erholungen auch zu einer proportionalen Zunahme der Beschäftigung, zeigten sich diese Effekte in den jüngsten Erholungsphasen nur schwach ausgeprägt und deutlich weniger nachhaltig. Nach der Krise sind Rationalisierungs- statt Erweiterungsinvestitionen mit einer entsprechenden Stagnation oder sogar einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu befürchten.<sup>15</sup> Hinzu kommt (2), dass die ggf. geschaffenen Arbeitsplätze zunehmend in einem hohen Maße als prekäre Beschäftigungen einzustufen sind. Das heißt quantitative Arbeitsplatzzuwächse werden durch Prekarisierung menschlicher Arbeit generiert.

### 2.3 Arbeitslosigkeit hat weitreichende Folgen

In diese Richtung weisen auch Studien zu den langfristigen Folgen des Jobverlustes. Wissenschaftler der Columbia Universität, des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg<sup>16</sup> können z. B. für Deutschland zeigen, dass nach krisenbedingten Massenentlassungen die Betroffenen auch nach Jahrzehnten über weniger Einkommen verfügen können als vergleichbare Personen, die ihre Arbeitsstelle behalten konnten. Einkommensverluste zeigen sich über die Branchen hinweg sowohl bei Männern und Frauen gleichermaßen. Nachgewiesen wird, dass selbst bei Neuanstellungen in der Regel ein Einkommensverlust von bis zu 30 Prozent hingenommen werden muss im Vergleich zu denjenigen, die ihren Job behalten konnten. Aber nicht nur die Bruttoeinkommen sind betroffen, sondern ebenso Sozialleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie betriebliche Sonderleistungen. Die Gründe hierfür liegen einerseits darin, dass die Löhne bei Wiederbeschäftigung häufig deutlich geringer ausfal-

---

2009/11/19/the-case-for-a-jobless-growth-economy-in-the-us>, erstellt 19.11.2009/abgerufen 15.03.2010; *Gerhard Bosch*, ‚Jobless Growth‘? Die Auswirkung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Beschäftigung, in: *Arbeit*, Heft 4, Jg. 7 (1998), 299–315; *Özlem Onaran*, *Jobless growth in the Central and Eastern European Countries: A country specific panel data analysis for the manufacturing industry*, Wien 2007, online unter <[http://epub.wu.ac.at/dyn/virlib/wp/mediate/epub-wu-01\\_bb6.pdf?ID=epub-wu-01\\_bb6](http://epub.wu.ac.at/dyn/virlib/wp/mediate/epub-wu-01_bb6.pdf?ID=epub-wu-01_bb6)>, erstellt 03/2007/abgerufen 15.03.2010.

<sup>15</sup> Vgl. *Michael Schäfers*, *Von der Arbeit zur Tätigkeit*, 137–142.

<sup>16</sup> Vgl. *Johannes F. Schmieder/Till von Wachter/Stefan Bender*, *The long-term impact of job displacement in Germany during the 1982 recession on earnings, income, and employment*, Nürnberg 2010 (IAB-Discussion Paper 1/2010).

len, und andererseits in gehemmten betriebsinternen Aufstiegsmöglichkeiten mit entsprechendem niedrigerem Verdienst im Vergleich zu langjähriger Betriebszugehörigkeit im entlassenden Betrieb. Hinzu kommen die verschärfte Arbeitsmarktlage für über 50-Jährige, der Rückgang des Normalarbeitszeitverhältnisses und die Ausweitung des Niedriglohnsektors und weitere Faktoren, die die wirtschaftliche und soziale Position sowohl am Arbeitsmarkt als auch innerhalb des Betriebs nach Wiederbeschäftigung negativ beeinflussen. Es kommt zu nachhaltigen Einkommensverlusten mit den entsprechenden Auswirkungen auf die erwerbsarbeitszentrierten Sicherungssysteme insgesamt und die dort verortete Höhe der Sicherungsleistungen für den Einzelnen (siehe unten).

Die angeführte Studie widerspricht der politisch prolongierten These, dass eine Rückkehr zur Normalität vor der Krise ohne Abstriche und Einbußen möglich sei. Diese Behauptung ist jedenfalls gegenüber denjenigen, die in der Krise ihre Erwerbsarbeit verlieren, eine Verkennung von Tatsachen.

## 2.4 Soziale Absicherung

Geringere Einkommen, Kurzarbeit und vor allem Arbeitslosigkeit führen zu erheblichen Ausfällen in der Alterssicherung, da geringere Einlagen bzw. Einzahlungen geleistet werden (können). Das Mannheimer Research Institute for the Economics of Aging (MEA) hat für lohnabhängig Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen in Deutschland als Folge der Krise eine Schmälerung der staatlichen Rente nach 45 Berufsjahren bei Renteneintritt im Jahre 2015 von 92 Euro errechnet; im Jahre 2020 von 110 Euro, im Jahr 2040 von 194 Euro.<sup>17</sup> Die Krise hat aufgrund von Lohn- und Gehaltsausfällen und fehlender Einkommenssteigerungen also mittel- bis langfristige Auswirkungen auf die Alterssicherung. Derzeit geben ca. 20 Prozent der Haushalte in Deutschland an, durch arbeitsmarktbezogene Krisenwirkungen, wie Einkommensverlusten, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder eine erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit, von der Krise *direkt* betroffen zu sein.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. *Mannheim Research Institute for the Economics of Aging* (Hg.), *Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner*, Mannheim 2009.

<sup>18</sup> Vgl. *Mannheim Research Institute for the Economics of Aging* (Hg.), *Deutsche Privathaushalte in der Finanz- und Wirtschaftskrise – Betroffenheit und Reaktionen*, Mannheim 2009.

Neben den Folgen für die Alterssicherung bleibt auf die negativen Auswirkungen für Arbeitssuchende beim Bezug von ALG I und ALG II hinzuweisen. Durch die sogenannten „Hartz-Gesetze“ wurden erhebliche Einschnitte gesetzt, u. a. hinsichtlich Bezugsdauer und -höhe des Arbeitslosengeldes, Zumutbarkeitskriterien bei der Annahme einer Wiederbeschäftigung, Anrechnung des „Vermögen“ usw. In der Krise wirken sich diese politischen Maßnahmen als Einstieg in eine „Abwärtsspirale“ und dequalifizierend für die Betroffenen aus.<sup>19</sup>

### *2.5 Betriebliche Zusammenhänge, kollektive Interessenvertretung und Flexibilisierung der Arbeit*

Die beschriebenen Entwicklungen kulminieren am „Ort der Arbeit“, sie finden ihren Niederschlag im betrieblichen Alltag, in der „Arbeitspolitik“ im weitesten Sinne. So auch in Deutschland, das entgegen erster Prognosen im europäischen Vergleich eher glimpflich durch die Krise(n) kommen dürfte. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung rechnet im Jahr 2010 im Jahresdurchschnitt mit 3,7 Millionen offiziell registrierten Arbeitssuchenden. Dieses Szenario erzeugt in den Betrieben bei den Beschäftigten, vor allem in den betroffenen Branchen, Angst vor Arbeitsplatzverlust und Abstieg. Letzteres wird wiederum befördert durch die sogenannten „Hartz-Gesetze“, die den sozialen Abstieg bei längerer Arbeitslosigkeit vorprogrammieren.

Angst geht vor allem bei Beschäftigten in Kurzarbeit um. Im Jahresdurchschnitt 2009 wurde an 1,1 Millionen Menschen Kurzarbeitergeld ausgezahlt, das sich damit auch für Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen als bedeutender Faktor erwiesen hat, um die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise abzufedern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen.<sup>20</sup> Grundlage der Anzeige von Kurzarbeit ist, dass das Unternehmen durch die Krise betroffen ist. Und dies wirkt nicht gerade beruhigend auf die Kurzarbeitenden. Viele sehen ihre Aussichten eher düster, neben den hinzunehmenden Lohneinbußen entsteht die Angst, dass Kurzarbeit die Vorstufe zur Arbeitslosigkeit sein könnte.

---

<sup>19</sup> Vgl. *Wolfgang Gern/Franz Segbers* (Hg.), Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt: Erfahrungen aus der HARTZ IV-Welt, Hamburg 2009.

<sup>20</sup> Vgl. *Bundesagentur für Arbeit* (Hg.), Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Ein Jahr Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg 2009 (Stand November 2009); *Handelsblatt online*, Kurzarbeit hilft vielen kleinen Firmen, online unter <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesagentur-fuer-arbeit-kurzarbeit-hilft-vielen-kleinen-firmen;2545810>>, erstellt 14.03.2010/abgerufen 15.03.2010.

Darin spiegelt sich nicht zuletzt die Erfahrung vieler lohnabhängig Beschäftigter wider, ausschließlich als „Kostenfaktor“ unternehmerischen Handelns wahrgenommen zu werden. Der Verkauf ganzer Belegschaften durch Unternehmensfusionen, Betriebsaufspaltungen und „Outsourcing“ – verstärkt in den letzten beiden Jahrzehnten durch Großbetriebe – finden ihren Niederschlag in einer gestörten Unternehmens- und Vertrauenskultur. Laut einer branchenübergreifenden Befragung des *SKOPOS Instituts für Markt- und Kommunikationsforschung* wird vor allem die betriebsinterne Kommunikation kritisch beurteilt:

„Über die Hälfte der Arbeitnehmer (55 %) fühlt sich nur unzureichend über die Auswirkungen der Krise auf das eigene Unternehmen informiert. [...] Mehr als 70 % der Befragten sind davon überzeugt, dass die Unternehmensführung keine Lösungsansätze oder Maßnahmen zur Bewältigung der Krise entwirft. [...] Aufgrund der erlebten mangelnden Wertschätzung und der unzureichenden Informationspolitik fühlt sich rund ein Drittel der Arbeitnehmer (35 %) mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen. [...] Über die Hälfte der Befragten (57 %) gibt an, dass das Betriebsklima durch die Krise gelitten hat. Ein stärkeres Konkurrenzdenken im Unternehmen führt vermehrt zu Missgunst, Konflikten und Mobbing.“<sup>21</sup>

Die Krise verschärft also den Schwund der Vertrauenskultur weiter, einst Markenzeichen und Grundlage des „Standortes Deutschland“ und der geltenden Mitbestimmungsregelungen. Der Kampf in den Betrieben verschärft sich angesichts der Krise: zwischen Unternehmensführung und lohnabhängig Beschäftigten, aber auch innerhalb der Belegschaft.

Krisenzeiten sind schlechte Zeiten für *kollektive Interessensvertretungen* der lohnabhängig Beschäftigten zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und Lohnerhöhungen. Bundesagentur-Chef *Frank-Jürgen Weise* hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Hilfe in der Krise gedankt. Sie hätten durch einen Verzicht auf Lohn etwa zur Hälfte (neben Arbeitgebern und Bund) zur Abfederung der Krise beigetragen, dies insbesondere durch den Abbau von Überstunden, Kurzarbeit, Reduzierung der Wochenstunden und den Aufbau negativer Arbeitszeitkonten.<sup>22</sup> Die Ausführungen machen genau die Zwiespältigkeit deutlich, in der die Arbeitnehmerschaft und ihre Interessenvertretungen angesichts der Krise stehen: Durch Lohnverzicht versuchten sie, Arbeitsplätze zu sichern, und dies angesichts der (mehr oder weniger offenen) Androhung von Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit der „Kapitalseite“. Inwie-

---

<sup>21</sup> *SKOPOS Instituts für Markt- und Kommunikationsforschung*, SKOPOS Studie: Mitarbeiterführung in der Krise, Hürth 2009, online unter <<http://www.skopos.de/newspresse/138-mitarbeiterfuehrung.html>>, erstellt 09.12.2009/abgerufen 21.03.2010.

<sup>22</sup> Vgl. *Focus online*, BA-Chef Weise: „Arbeitnehmer bezahlen die Krise“, online unter <[http://www.focus.de/karriere/perspektiven/ba-chef-weise-arbeitnehmer-bezahlen-die-krise\\_aid\\_465812.html](http://www.focus.de/karriere/perspektiven/ba-chef-weise-arbeitnehmer-bezahlen-die-krise_aid_465812.html)>, erstellt 25.12.2009/abgerufen 15.03.2010.

weit dieser (Zwangs)Verzicht erfolgreich sein wird und kann, ist derzeit allerdings eine offene Frage.

Zu erwarten ist jedenfalls eine weitere *negative Flexibilisierung der Arbeit und des Arbeitsmarktes*, die sich bereits deutlich abzeichnet: Die Krise und die Folgewirkungen werden saniert durch Lohneinbußen, Arbeitslosigkeit und Kürzungen bei sozial Benachteiligten, was entsprechende negative Auswirkungen auf die Binnennachfrage haben wird. Als Puffer der Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt dienen Randbelegschaften, Zeitarbeit und prekäre Beschäftigung. Das Ergebnis: Die Krise verstärkt die Ungleichheit.<sup>23</sup> Die zunehmende und weitere Aufspaltung, Deregulierung und Flexibilisierung der menschlichen Arbeit in rund um den Globus verteilte Wertschöpfungsketten, die zunehmend seit zwei Jahrzehnten auszumachen ist, stellt ein realistisch zu erwartendes Zukunftsszenario dar.<sup>24</sup>

Angesichts der Krise und ihrer Wirkungen steigt jedenfalls der kapitalistische Verwertungsdruck auf den „Faktor Arbeit“ im internationalen Kontext weiter, und dies angesichts der bisher unzureichend regulierten Globalisierung der Finanzmärkte und Internationalisierung des Handels. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise wären.

### 3 PERSPEKTIVEN: REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE UND VORRANG DER MENSCHLICHEN ARBEIT

Ein konzeptionelles Herangehen an die Krise lässt sich derzeit nicht ausmachen. Die weltweiten billionenschweren Bankenstützungen und -übernahmen, Teilverstaatlichungen von Banken und Megakonzernen sowie Konjunkturprogramme der öffentlichen Hände mildern die Folgen der Krise, beseitigen aber keineswegs die Ursachen. Weiterhin scheint die Doktrin des ehemaligen Chefs der US-Notenbank, *Alan Greenspan*, den Ton anzugeben, nach der nicht die Spekulationsexzesse zu bekämpfen sind, sondern die desaströsen Folgen auf die Realwirtschaft und damit die Arbeitswelt, wenn die Spekulationsblasen platzen.<sup>25</sup> Ganz in diese Richtung geht auch die in Deutschland diskutierte Bankenabgabe, die nichts

---

<sup>23</sup> Vgl. *Johannes Giesecke/Philip Wotschack*, Flexibilisierung in Zeiten der Krise: Verlierer sind junge und gering qualifizierte Beschäftigte, in: *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (Hg.), WZBrief Arbeit 01/Juni 2009, Berlin 2009.

<sup>24</sup> Vgl. *Michael Schäfers*, Von der Arbeit zur Tätigkeit, 104–117.

<sup>25</sup> Vgl. *Lucas Zeise*, Ende der Party, 108.

anderes als eine Konkursversicherung und ein „nachsorgendes Mittel“ darstellt, die die öffentliche Hand entlastet, aber spekulative Geschäfte keineswegs einengt oder abschafft. Ursachenbekämpfung hieße demokratische Regulierung der Finanzmärkte, Kapitalverkehrskontrolle, Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, Verbot außerbilanzieller Geschäfte der Banken und deren konsequente Unterstellung unter staatliche Aufsicht, Regulierung bis hin zum Verbot der Hedge- und Private-Equity-Fonds, Regulation von Derivaten, Schließung der Offshore-Zentren – um nur einige Mittel und Bereiche zu nennen, an denen eine Ursachenbekämpfung hätte ansetzen müssen. Die u. a. vom ehemaligen Bundesfinanzminister, Peer Steinbrück, in seiner Regierungserklärung im September 2008 in diese Richtung geforderte tiefgreifende „Zivilisierung der Finanzmärkte“ scheint wiederum ausgesetzt.<sup>26</sup>

Dennoch findet innerhalb der Zivilgesellschaft ein verstärktes Nachdenken über zukunftsfähige Wege und Lösungen für den Erhalt bzw. den Ausbau solidarischer, gerechter und nachhaltiger Strukturen statt.<sup>27</sup> Denn: Die „Religion des Kapitalismus“, die menschliche Arbeit und damit den Menschen selbst in den Prozess der „Zertrümmerung des Seins“<sup>28</sup> verstrickt, hat keine Zukunft.<sup>29</sup> Es geht nicht nur um *die* Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern um *Krisen* (Zunahmen von Hunger und Ausgrenzung, zerstörerischer Lebensstil, Klimaveränderungen und die Folgen, Terror und Militarisierung etc.) kulminierenden Ausmaßes, die weit grundsätzlichere (ordnungspolitische) Einschnitte und Eingriffe abverlangen. Erfreulicherweise spielt im Kontext dieser Transformationsdiskussionen auch die Soziallehre der Kirche wieder zunehmend eine Rolle.<sup>30</sup> Dreh- und Angelpunkt dieser „sozialen Fragen“ ist und bleibt die menschliche Arbeit. Die Stellung, die ihr zukommen müsste, beschreibt

---

<sup>26</sup> Vgl. *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hg.), Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Berlin 2009 (Stenographische Mitschrift vom 29.09.2008), online unter <[http://www.bundesregierung.de/nn\\_915686/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2008/2008-09-29-regierungserkl\\_C3\\_A4rung-steinbrueck\\_C3\\_BCck.html](http://www.bundesregierung.de/nn_915686/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2008/2008-09-29-regierungserkl_C3_A4rung-steinbrueck_C3_BCck.html)>, erstellt 29.09.2008/aufgerufen 15.03.2010.

<sup>27</sup> Vgl. z. B. *Alex Steffen* (Hg.), *WorldChanging*. Das Handbuch der Ideen für eine bessere Zukunft, München 2008; *Brot für die Welt*, eed, *BUND* (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt a. M. 2008.

<sup>28</sup> Vgl. *Walter Benjamin*, *Kapitalismus als Religion* (Fragment), in: *Rolf Tiedemann/Hermann Schweppenhäuser* (Hg.), *Gesammelte Schriften*, 7 Bde. Frankfurt a. M. 1991, Bd. VI, S. 100–102.

<sup>29</sup> Vgl. *André Gorz*, *Auswege aus dem Kapitalismus*. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich 2009.

<sup>30</sup> Vgl. z. B. *Roger de Weck*; *Nach der Krise*. Gibt es einen anderen Kapitalismus?, München 2009.

die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des II. Vatikanischen Konzils (Nr. 67): „Die in der Gütererzeugung, der Güterverteilung und in den Dienstleistungsgewerben geleistete menschliche Arbeit hat den Vorrang vor allen anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens, denn diese sind nur werkzeuglicher Art.“<sup>31</sup>

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Leo F. Aichhorn*, Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum – Sustainable Growth, neuer Weg gegen Jobless Growth, Linz 2004.
- Hans Baumann*, Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die europäische Bau- und Holzwirtschaft und gewerkschaftliche Gegenstrategien, o. O. 2009, online unter <[http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Referat\\_BHI\\_0711209.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Referat_BHI_0711209.pdf)>, erstellt 07.12.2009/abgerufen 20.03.2010.
- Walter Benjamin*, Kapitalismus als Religion (Fragment), in: *Rolf Tiedemann, Hermann Schweppenhäuser* (Hg.), Gesammelte Schriften, 7 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1991, Bd. VI, S. 100–102.
- BLOGSPAN.NET* (Hg.), „Wir sind Krise!“ Auswirkungen der Wirtschaftskrise bereits für viele spürbar, Pressemitteilung vom 19.03.2009, online unter <<http://www.blogspan.net/presse/wir-sind-krise-auswirkungen-der-wirtschaftskrise-bereits-fur-viele-spurbar/mitteilung/49670>>, erstellt 19.03.2009/abgerufen 20.03.2010.
- Gerhard Bosch*, ‚Jobless Growth‘? Die Auswirkung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Beschäftigung, in: *Arbeit*, Heft 4, Jg. 7 (1998), 299–315.
- Brot für die Welt, eed, BUND* (Hg.), Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt a. M. 2008.
- Bundesagentur für Arbeit* (Hg.), Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Ein Jahr Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg 2009 (Stand November 2009).
- Focus online*, BA-Chef Weise: „Arbeitnehmer bezahlen die Krise“, online unter <[http://www.focus.de/karriere/perspektiven/ba-chef-weise-arbeitnehmer-bezahlen-die-krise\\_aid\\_465812.html](http://www.focus.de/karriere/perspektiven/ba-chef-weise-arbeitnehmer-bezahlen-die-krise_aid_465812.html)>, erstellt 25.12.2009/abgerufen 15.03.2010.

---

<sup>31</sup> *Karl Rahner/Herbert Vorgrimler* (Hg.), Kleines Konzilskompodium, 16. Auflage, Freiburg i. B. 1982, 522 (Ziff. 67).

- Wolfgang Gern/Franz Segbers* (Hg.), Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt: Erfahrungen aus der HARTZ IV-Welt, Hamburg 2009.
- Johannes Giesecke/Philip Wotschack*, Flexibilisierung in Zeiten der Krise: Verlierer sind junge und gering qualifizierte Beschäftigte, in: *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (Hg.), WZBrief Arbeit 01/ Juni 2009, Berlin 2009 (01. 06.2009).
- André Gorz*, Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich 2009.
- Handelsblatt online*, Kurzarbeit hilft vielen kleinen Firmen, online unter <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesagentur-fuer-arbeit-kurzarbeit-hilft-vielen-kleinen-firmen;2545810>>, erstellt 14.03.2010/abgerufen 15.03.2010.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle*, Themenheft: Weltfinanzkrise, Halle 2009, online unter <<http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/1TH-09.pdf>>, erstellt 31.03.2009/abgerufen 15.03.2010.
- International Labour Organization*, Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr auf dem höchsten Stand aller Zeit, Berlin, Bonn, Genf, Pressemitteilung vom 27.01.2010, online unter <<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles/get10.htm>>, erstellt 27.01.2010/abgerufen 20.03.2010.
- International Labour Organization* (Hg.), Global Employment Trends January 2010, Genf 2010.
- International Labour Organization*, Kein Ende der Beschäftigungskrise. Internationale Arbeitsorganisation warnt vor zu frühem Ausstieg aus Konjunkturprogrammen, Berlin, Bonn, Genf, Pressemitteilung vom 09.12.2009.
- Mannheim Research Institute for the Economics of Aging* (Hg.), Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner, Mannheim 2009 (meaStudies 09).
- Mannheim Research Institute for the Economics of Aging* (Hg.), Deutsche Privathaushalte in der Finanz- und Wirtschaftskrise – Betroffenheit und Reaktionen, Mannheim 2009 (meaStudies 10).
- Barack Obama*, Remarks by the President on the Home Mortgage Crises, Mesa/Arizona 2009, online unter <[http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Remarks-by-the-President-on-the-mortgage-crisis](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-the-mortgage-crisis)>, erstellt 18.02.2009/abgerufen 15.03.2010.
- Özlem Onaran*, Jobless growth in the Central and Eastern European Countries: A country specific panel data analysis for the manufacturing industry, Wien 2007, online unter <<http://epub.wu.ac.at/dyn/vir>>

- lib/wp/mediate/epub-wu-01\_bb6.pdf?ID=epub-wu-01\_bb6>, erstellt 03/2007/abgerufen 15.03.2010.
- Gisbert Otto*, Die US-Immobilienblase und die internationale Bankenkrise – Ein gigantischer Schwindel der Finanzeliten, Zürich 2008, online unter <[http://www.swg-hamburg.de/Archiv/Beitrage\\_aus\\_der\\_Rubrik\\_-\\_Wirt/Die\\_US\\_Immobilienblase\\_und\\_die.pdf](http://www.swg-hamburg.de/Archiv/Beitrage_aus_der_Rubrik_-_Wirt/Die_US_Immobilienblase_und_die.pdf)>, erstellt 14.04.2008/abgerufen 15.03.2010.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hg.), Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Berlin 2009 (Stenographische Mitschrift vom 29.09.2008), online unter <[http://www.bundesregierung.de/nn\\_915686/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2008/2008-09-29-regierungserkl\\_C3\\_A4rung-steinbr\\_C3\\_BCck.html](http://www.bundesregierung.de/nn_915686/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2008/2008-09-29-regierungserkl_C3_A4rung-steinbr_C3_BCck.html)>, erstellt 29.09.2008/aufgerufen 15.03.2010.
- Karl Rahner/Herbert Vorgrimler* (Hg.), Kleines Konzilskompendium, 16. Auflage, Freiburg i. B. 1982.
- Michael Schäfers*, Von der Arbeit zur Tätigkeit. Zeitdiagnosen und Wege wider die Resignation, Münster 2001.
- Johannes F. Schmieder/Till von Wachter/Stefan Bender*, The long-term impact of job displacement in Germany during the 1982 recession on earnings, income, and employment, Nürnberg 2010 (IAB-Discussion Paper 1/2010).
- SKOPOS Instituts für Markt- und Kommunikationsforschung*, SKOPOS Studie: Mitarbeiterführung in der Krise, Hürth 2009, online unter <<http://www.skopos.de/newspress/138-mitarbeiterfuehrung.html>>, erstellt 09.12.2009/abgerufen 21.03.2010.
- Alex Steffen* (Hg.), WorldChanging. Das Handbuch der Ideen für eine bessere Zukunft, München 2008.
- Hans Wagner*, The case for a Jobless Growth Economy in the US, online unter <<http://www.dailymarkets.com/economy/2009/11/19/the-case-for-a-jobless-growth-economy-in-the-us>>, erstellt 19.11.2009/abgerufen 15.03.2010.
- Reiner Wandler*, Spaniens Jugend kann nur noch auswandern. Arbeitslosigkeit: Seit dem Ende des Baubooms sind hunderttausende Jugendliche ohne Job. Zu 62 Prozent leben sie wieder bei ihren Eltern, in: die tageszeitung vom 23. März 2010, 11.
- Roger de Weck*; Nach der Krise. Gibt es einen anderen Kapitalismus?, München 2009.
- Lucas Zeise*, Ende der Party – Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln 2009.